



---

*Rechtsausschuss*

---

**2020/0361(COD)**

22.6.2021

# ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Rechtsausschusses

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Geoffroy Didier

(\*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA\_Legam

## KURZE BEGRÜNDUNG

Das Gesetz über digitale Dienste sollte alle digitalen Dienste erfassen, die eine wichtige Rolle bei der Verbreitung illegaler Inhalte spielen, um ihre Verfahren zur Inhaltsmoderation einer adäquaten Regulierung zu unterstellen. Aus diesem Grund wird hier der Anwendungsbereich des Gesetzes über digitale Dienste dahingehend klargestellt, dass er ausdrücklich auf drei Arten von Diensten begrenzt ist, die eine vorrangige Rolle bei der Verbreitung von Inhalten spielen: Suchmaschinen, Live-Streaming-Dienste für nutzergenerierte Inhalte und Messaging-Dienste.

Diese drei Dienstkategorien sollten erstens den Verpflichtungen, die gegenwärtig für alle Vermittlungsdienste vorgesehen sind, und zweitens den Risikobewertungs- und Risikominderungspflichten unterliegen, die für sehr große Plattformen gelten, wenn sie die maßgeblichen Schwellenwerte überschreiten. Live-Streaming-Dienste und Messaging-Dienste sollten außerdem bestimmten Verpflichtungen unterliegen, die für Hosting-Dienste und Online-Plattformen gelten, soweit diese Verpflichtungen auf sie angewandt werden können. Beispielsweise können und sollten diese Dienste Verpflichtungen in Bezug auf die Aussetzung von Konten und die Nutzern im Falle von Sanktionen angebotenen Garantien einhalten.

Im Zuge ihrer schnellen Expansion in den letzten Jahren und insbesondere während der COVID-19-Pandemie haben Online-Marktplätze eine Reihe von Bedrohungen für den Verbraucherschutz – sowohl im Hinblick auf die Durchsetzung von Verbraucherrechten als auch auf die Produktsicherheit und -konformität – bedingt. Darüber hinaus geben diese Marktplätze Anlass zu wachsender Besorgnis, was gewerbliche Schutzrechte und Nachahmungen sowie allgemeiner Wettbewerbsverzerrungen angeht, wodurch Unternehmen, die sich an die Vorschriften halten, zunehmend einem unlauteren Wettbewerb durch Unternehmen ausgesetzt sind, die die Vorschriften nicht befolgen.

Die Untersuchung der zehn wichtigsten Online-Marktplätze hat beispielsweise gezeigt, dass im Durchschnitt 63 % der den europäischen Verbrauchern angebotenen Produkte nicht konform waren und dass 28 % dieser Produkte tatsächlich gefährlich waren. Diese Quoten sind deutlich höher als die bei Einzelhändlern mit physischen Verkaufsstätten festgestellten Quoten.

Diese Situation hängt zweifellos mit einer Lücke im geltenden Rechtsrahmen zusammen, die es Online-Marktplätzen ermöglicht, sich einer Reihe grundlegender Anforderungen zu entziehen, deren Fehlen es unmöglich macht, ein angemessenes und zufriedenstellendes Schutzniveau für die europäischen Verbraucher beim Online-Kauf sicherzustellen. Je größer der Marktanteil von Online-Marktplätzen ist, desto höher und desto besorgniserregender ist dieses Risiko.

In Anbetracht des Vorstehenden erscheint es daher unerlässlich, zum Gesetz über digitale Dienste eine Reihe zusätzlicher spezifischer Bestimmungen für Online-Plattformen, die Marktplatzdienste anbieten, hinzuzufügen, um diese Lücke zu schließen und damit dieses zunehmende Risiko auszuschließen.

Ein weiteres Problem ist die Anwendung des sogenannten „Herkunftslandprinzips“, die angesichts der derzeitigen Niederlassung von Inhaltsplattformen in der EU dazu führen könnte, dass nur wenige nationale Behörden befugt sind, das Gesetz über digitale Dienste

durchzusetzen. Diese Behörden sind möglicherweise nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus würde es die vorgeschlagene Regelung nicht gestatten, nationalen Besonderheiten bei der Regulierung von Inhalten angemessen Rechnung zu tragen. Das Gesetz über digitale Inhalte muss daher angepasst werden, um den zuständigen Behörden des Ziellandes ausdrücklich Interventionsbefugnisse zu übertragen (z. B. die Befugnis, auf Daten zuzugreifen, die Beteiligung an der Untersuchung und der Entscheidungsfindung, die Befugnis, im Falle eines Problems, das sein Hoheitsgebiet betrifft, Maßnahmen zu ergreifen, und die Befugnis zum direkten Eingreifen bei ungerechtfertigter Untätigkeit der Behörde des Niederlassungslandes).

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Rechtsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

### Änderungsantrag 1

#### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

##### *Vorschlag der Kommission*

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen *wie* soziale Netzwerke *oder* Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den

##### *Geänderter Text*

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen, **Suchmaschinen**, soziale Netzwerke, Online-Marktplätze, **Live-Streaming-Plattformen und Anbieter von privaten Messaging-Diensten** sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen

anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Or. en

## Änderungsantrag 2

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

#### *Vorschlag der Kommission*

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische **und** automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten **dementsprechend** nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

#### *Geänderter Text*

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische, automatische **und passive** Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden. **Anbietern von Vermittlungsdiensten wird eine aktive Rolle zugeschrieben, wenn sie die Inhalte optimieren, bewerben, klassifizieren, organisieren und referenzieren, unabhängig davon, ob dies automatisch erfolgt oder nicht.**

### Änderungsantrag 3

#### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(18a) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht von Anbietern von Vermittlungsdiensten geltend gemacht werden können, die den in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nicht nachkommen. Diese Konditionalität sollte ferner sicherstellen, dass die Maßstäbe dafür, diese Ausschlüsse geltend machen zu können, zu einem hohen Niveau der Sicherheit und des Vertrauens in das Online-Umfeld beitragen.***

Or. en

### Änderungsantrag 4

#### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***der bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale*** Tätigkeiten ***auszuüben***, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***deren Hauptzweck darin besteht, illegalen*** Tätigkeiten ***nachzugehen oder diese zu erleichtern***, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Or. en

## Änderungsantrag 5

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

#### *Vorschlag der Kommission*

(23) ***Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte*** Anbieter von Hosting-Diensten, ***nämlich*** Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern ***diese Online-Plattformen*** die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von ***der Online-Plattform*** selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die ***Online-Plattformen*** deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

#### *Geänderter Text*

(23) Anbieter von Hosting-Diensten, ***wie etwa*** Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, ***und andere Diensteanbieter sollten*** den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern ***sie*** die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge ***oder des betreffenden Austauschs*** in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von ***diesen Anbietern von Hosting-Diensten*** selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die ***Anbieter von Hosting-Diensten*** deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Or. en

## Änderungsantrag 6

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

#### *Vorschlag der Kommission*

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu

#### *Geänderter Text*

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu

vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts **oder des einzelstaatlichen Rechts**, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse **gemäß dieser Verordnung** nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Or. en

## Änderungsantrag 7

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

*Vorschlag der Kommission*

(28) Die **Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner**

*Geänderter Text*

(28) Die **Mitgliedstaaten sind nur dann gehindert, den Diensteanbietern**



***allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen.*** Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie ***eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.***

***Überwachungspflichten aufzuerlegen, wenn diese allgemeiner Art sind.*** Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie ***Anbieter daran hindert, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um illegale Inhalte zu erkennen und zu entfernen sowie zu verhindern, dass diese erneut auftreten.***

Or. en

## Änderungsantrag 8

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 32

#### *Vorschlag der Kommission*

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

#### *Geänderter Text*

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. ***Diese Informationen sollten die maßgeblichen E-Mail-Adressen, Telefonnummern, IP-Adressen und sonstigen Kontaktdaten umfassen, die erforderlich sind, um diese Einhaltung sicherzustellen.*** Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen,

von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Or. en

## Änderungsantrag 9

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 37

#### *Vorschlag der Kommission*

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden.

#### *Geänderter Text*

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden. ***Um eine unverhältnismäßige Belastung zu vermeiden, sollten Kleinst- und Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission, die in Drittländern niedergelassen sind, von der Pflicht befreit werden, einen Rechtsvertreter zu benennen.***

Or. en

## Änderungsantrag 10

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

#### *Vorschlag der Kommission*

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen

#### *Geänderter Text*

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen

beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter **auf der Grundlage seiner eigenen Bewertung** entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. **Online-Plattformen können zudem das erneute Auftreten von Inhalten verhindern, die bereits als illegal erkannt und auf der Grundlage einer früheren Meldung entfernt wurden.** Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Or. en

## Änderungsantrag 11

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

#### *Vorschlag der Kommission*

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann

#### *Geänderter Text*

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann

schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder

schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen ***oder das allgemeine Interesse, Verstöße gegen Unionsrecht zu verhindern oder ihnen abzuhelpen***, vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. ***Gleiches sollte Antragstellern im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 oder im***

Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>43</sup>, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

***Falle von Beschwerden gemäß der Verordnung (EU) 2019/1020 gewährt werden, um sicherzustellen, dass bestehende Vorschriften über die Durchsetzung der Zollbestimmungen oder über den Verbraucherschutz beim Online-Verkauf wirksam umgesetzt werden.*** Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>43</sup>, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

---

<sup>43</sup> Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

---

<sup>43</sup> Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Or. en

## **Änderungsantrag 12**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) Förderung von Innovationen,  
Unterstützung des digitalen Wandels,  
Förderung des Wirtschaftswachstums und  
Schaffung gleicher***

Or. en

### Änderungsantrag 13

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

##### *Vorschlag der Kommission*

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit liegen;

##### *Geänderter Text*

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, **handwerklichen** oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Or. en

### Änderungsantrag 14

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

##### *Vorschlag der Kommission*

– einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder

##### *Geänderter Text*

– einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten **im Vergleich zu ihrer Gesamtbevölkerung** oder

Or. en

### Änderungsantrag 15

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Einleitung

##### *Vorschlag der Kommission*

f) „Vermittlungsdienst“ eine der folgenden Dienstleistungen:

##### *Geänderter Text*

f) „Vermittlungsdienst“ eine der folgenden Dienstleistungen **der Informationsgesellschaft:**

## Änderungsantrag 16

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich -1(neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

- *eine Online-Plattform im Sinne des Buchstabens h;*

Or. en

## Änderungsantrag 17

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

- eine „Hosting“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern;

- eine „Hosting“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern, *und die bei der Datenverarbeitung keine aktive Rolle spielt;*

Or. en

## Änderungsantrag 18

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

- *eine Online-Suchmaschine im Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2019/1150;*

Or. en



## Änderungsantrag 19

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

#### *Vorschlag der Kommission*

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf **eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen**, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

#### *Geänderter Text*

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf **illegale Inhalte, Produkte, Dienstleistungen oder Tätigkeiten** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Or. en

## Änderungsantrag 20

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

#### *Vorschlag der Kommission*

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der **im Auftrag eines Nutzers** Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **einem anderen Dienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **anderen Dienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

#### *Geänderter Text*

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der Informationen speichert und öffentlich verbreitet **sowie ihren Inhalt optimiert**, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **dem Hauptdienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **Hauptdienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Or. en



## **Änderungsantrag 21**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**ha) „Online-Marktplatz“ eine Online-Plattform, auf der Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmen abschließen können;**

Or. en

## **Änderungsantrag 22**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**hb) „Live-Streaming-Plattform-Dienst“ einen Dienst der Informationsgesellschaft, bei dem der Hauptzweck bzw. einer der Hauptzwecke darin besteht, Audio- oder Videomaterial, das von den Nutzern dieses Dienstes live übertragen wird, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wobei der Diensteanbieter dieses Material organisiert und zum Zwecke der Gewinnerzielung bewirbt;**

Or. en

## **Änderungsantrag 23**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**hc) „privater Messaging-Dienst“ einen nummernunabhängigen interpersonellen Kommunikationsdienst im Sinne von Artikel 2 Absatz 7 der Richtlinie**

Or. en

*Begründung*

*The scope of the DSA should be clarified in order to explicitly target three types of services that play a major role in the dissemination of content: search engines, live-streaming services of user-generated content and messaging services. These three categories of services should be subject, firstly, to the obligations currently provided for all intermediary services, and secondly, to the risk assessment and mitigation obligations applied to very large platforms, when they exceed the relevant thresholds. Live-streaming services and messaging services should also fall under certain obligations applicable to hosting services and online platforms, to the extent that these obligations can be applied to them.*

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i**

*Vorschlag der Kommission*

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

*Geänderter Text*

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine **erhebliche und** potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Or. en

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe p**

*Vorschlag der Kommission*

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des

*Geänderter Text*

p) „Moderation von Inhalten“ die **automatisch oder von einer Person ausgeführten** Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den

Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Or. en

## Änderungsantrag 26

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

#### *Vorschlag der Kommission*

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.**

#### *Geänderter Text*

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **die illegalen Inhalte prompt und dauerhaft entfernt oder den Zugang zu ihnen prompt und dauerhaft sperrt; „prompt“ bedeutet unverzüglich oder so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Minuten, wenn es sich bei den illegalen Inhalten um die Übertragung einer Live-Sport- oder Unterhaltungsveranstaltung handelt.**

Or. en

#### *Begründung*

*Most of the economic value of the broadcast of a live sports or entertainment event lies in the live dimension and most of that value is lost when the event ends. In order to make the current system work for live content, the notion of 'expeditious' has to be clarified. Therefore, to keep enforcement meaningful, the removal or disabling of access to illegal broadcasts of live sports or entertainment events shall be done as quickly as possible and definitely before the end of the match or concert or live show etc. The Dutch District Court in The Hague clarified for the first time in the ECATEL case in 2018 that the removal of infringing live content has to be done within maximum 30 minutes. European Parliament resolution of 19 May 2021 with recommendations to the Commission on challenges of sports events organisers in the digital environment (2020/2073(INL)) asks for such clarification so that 'expeditiously' in this*

*context is considered to mean immediately or as fast as possible and in any event no later than within 30 minutes of the receipt of the notification from rightholders or from a certified trusted flagger.*

## **Änderungsantrag 27**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3**

#### *Vorschlag der Kommission*

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die **verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen**, wenn **die Online-Plattform** die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

#### *Geänderter Text*

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Haftung von **Online-Marktplätzen**, wenn **der Marktplatz** die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird. **Absatz 1 gilt nicht für die Haftung von Online-Marktplätzen für illegale Inhalte, die sie auf ihrer Plattform bereitstellen, es sei denn, sie können nachweisen, dass sie ihren Pflichten aus den Artikeln 11, 14, 22, 22a, 22b, 22c und 22d nachgekommen sind.**

Or. en

## **Änderungsantrag 28**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3 a (neu)**

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**(3a) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Anbieter von Vermittlungsdiensten eine aktive Rolle spielt, indem er beispielsweise**

*Unterstützung bei der Optimierung, Klassifizierung, Organisation, Referenzierung oder Bewerbung der Inhalte leistet oder Kontrolle über die Inhalte hat, auch durch den Einsatz automatisierter Mittel, wie Algorithmen.*

Or. en

## Änderungsantrag 29

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse ***auch dann*** in Betracht, wenn sie ***auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.***

#### *Geänderter Text*

***(1)*** Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse ***nicht*** in Betracht, wenn sie ***illegalen*** Tätigkeiten ***nachgehen oder diese erleichtern oder wenn sie den in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nicht nachkommen.***

Or. en

## Änderungsantrag 30

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

***(1a)*** Absatz 1 findet nur Anwendung, wenn Vermittlungsdienste den in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nachkommen.

Or. en

## Änderungsantrag 31

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c

#### *Vorschlag der Kommission*

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

#### *Geänderter Text*

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt; **auf Beschluss eines Mitgliedstaats kann eine Anordnung in der Amtssprache des Mitgliedstaats abgefasst werden, dessen Behörde die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlassen hat; in diesem Fall hat die Kontaktstelle auf Antrag Anspruch auf eine Transkription in die vom Anbieter angegebene Sprache durch diese Behörde.**

Or. en

## Änderungsantrag 32

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

#### *Geänderter Text*

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind. **Wurde der Anordnung nicht nachgekommen, werden in einer**

*Erklärung die Gründe dargelegt, aus denen die Information der nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, nicht übermittelt werden kann.*

Or. en

### Änderungsantrag 33

#### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

##### *Vorschlag der Kommission*

– eine Begründung, **wozu** die Information benötigt wird **und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist**, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

##### *Geänderter Text*

– eine Begründung, **weshalb** die Information benötigt wird, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus **dienstlichen** Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Or. en

### Änderungsantrag 34

#### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c

##### *Vorschlag der Kommission*

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

##### *Geänderter Text*

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt; **auf Beschluss eines Mitgliedstaats kann die Anordnung in der Amtssprache des Mitgliedstaats abgefasst werden, dessen Behörde die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlassen hat; in diesem Fall hat die**

***Kontaktstelle auf Antrag Anspruch auf eine Transkription in die vom Anbieter angegebene Sprache durch diese Behörde.***

Or. en

## **Änderungsantrag 35**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

#### *Geänderter Text*

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter, und zwar so bald wie möglich, wenn sie ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben, und andernfalls vor Aufnahme der Tätigkeit.

Or. en

## **Änderungsantrag 36**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter

#### *Geänderter Text*

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter



von Vermittlungsdiensten stattdessen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **damit dieser** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium **zusammenarbeiten** und deren Beschlüssen **nachkommen kann**.

von Vermittlungsdiensten stattdessen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **um seine angemessene und zeitgerechte Zusammenarbeit** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium und **die Einhaltung von** deren Beschlüssen **zu gewährleisten**.

Or. en

## Änderungsantrag 37

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(5a) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Klein- oder Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG gelten und denen es nach Aufwendung zumutbarer Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, können den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter beauftragen will, ersuchen, die weitere Zusammenarbeit zu erleichtern und mögliche Lösungen, einschließlich Möglichkeiten der kollektiven Vertretung, zu empfehlen.**

Or. en

## Änderungsantrag 38

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **machen in ihren** allgemeinen Geschäftsbedingungen

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **stellen sicher, dass ihre** allgemeinen Geschäftsbedingungen

**Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.**

den Nutzern **ihrer Dienstleistungen verbieten**, Informationen **bereitzustellen**, die **nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats stehen, in dem** Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Or. en

#### *Begründung*

*Die allgemeinen Geschäftsbedingungen müssen ein Verbot von Inhalten einschließen, die gegen das EU-Recht oder gegen lokales nationales Recht verstoßen. Sie können zusätzliche Beschränkungen vorsehen, sofern diese Beschränkungen unter gebührender Berücksichtigung der Grundrechte konzipiert werden. Es sollte unmissverständlich darauf hingewiesen werden, dass die Anbieter von Vermittlungsdiensten ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen durchsetzen müssen.*

#### **Änderungsantrag 39**

##### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2**

###### *Vorschlag der Kommission*

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.**

###### *Geänderter Text*

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **stellen sicher, dass zusätzliche Beschränkungen, die sie in Bezug auf die Nutzung ihres Dienstes hinsichtlich der von den Nutzern des Dienstes bereitgestellten Informationen auferlegen, unter gebührender Berücksichtigung der in der Charta verankerten Grundrechte konzipiert werden.**

Or. en

## Änderungsantrag 40

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 12 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Anbieter von Vermittlungsdiensten setzen die in Unterabsatz 1 genannten Beschränkungen in sorgfältiger, objektiver und verhältnismäßiger Weise unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten, einschließlich der in der Charta verankerten anwendbaren Grundrechte der Nutzer des Dienstes, durch.***

Or. en

## Änderungsantrag 41

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Kapitel III – Abschnitt 2 – Titel

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Zusätzliche Bestimmungen für Hosting-Diensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen

Zusätzliche Bestimmungen für Hosting-Diensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen, ***und für Anbieter von Live-Streaming-Plattform-Diensten und von privaten Messaging-Diensten***

Or. en

## Änderungsantrag 42

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 14 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) ***Hosting-Diensteanbieter*** richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten

(1) ***Private Messaging-Dienste und Anbieter von Hosting-Diensten, einschließlich Online-Plattformen,*** richten Verfahren ein, nach denen Personen oder

melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich **und** benutzerfreundlich sein **und** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich, **deutlich sichtbar, niederschwellig**, benutzerfreundlich **und in der Nähe der fraglichen Inhalte angeordnet** sein **sowie** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Or. en

### Änderungsantrag 43

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

##### *Vorschlag der Kommission*

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, **insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben** zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

##### *Geänderter Text*

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen zur Ermittlung der illegalen Inhalte, **sofern die Anwendung des vom Nutzer verwendeten Dienstes dies ermöglicht;**

Or. en

##### *Begründung*

*Es sind technologieneutrale und zukunftsichere Meldungen erforderlich. Die gegenwärtig im Vorschlag hergestellte Verknüpfung zwischen elektronischen Standortdaten und URLs erfüllt diese Anforderungen nicht, da URLs bei einigen Technologien schlicht irrelevant und ungeeignet sind, um illegale Informationen zu lokalisieren. Das ist bei Apps, Messaging-Apps oder Live-Streaming-Plattformen der Fall und wird im Zuge der technologischen Entwicklung auch weiterhin ein Thema sein. Der Verweis auf URLs muss daher entfernt werden, um einen ausreichend großen Anwendungsbereich für jede zukünftige technologische Entwicklung vorzusehen.*

## Änderungsantrag 44

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

#### *Vorschlag der Kommission*

(6) **Hosting-Diensteanbieter** bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und **entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.**

#### *Geänderter Text*

(6) **Anbieter von Hosting-Diensten, einschließlich Online-Plattformen, und von privaten Messaging-Diensten** bearbeiten, **unbeschadet von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b**, alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 **dieses Artikels** genannten Verfahren erhalten, und **entfernen oder sperren unverzüglich und spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Meldung den Zugang zu den illegalen Inhalten.**

Or. en

## Änderungsantrag 45

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

(6a) **Verbraucher, die illegale Produkte in dem Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt des Hochladens dieser Produkte auf die Website des Anbieters und dem Zeitpunkt, an dem diese Produkte im Anschluss an eine gültige Meldung von der Plattform wieder aus der Liste entfernt wurden, erworben haben, werden vom Hosting-Diensteanbieter unverzüglich und spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Eingang dieser Meldung in Kenntnis gesetzt.**

#### *Geänderter Text*

Or. en

## Änderungsantrag 46

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(6b) Hosting-Diensteanbieter können alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um alle illegalen Inhalte oder illegalen Tätigkeiten dauerhaft zu blockieren, zu sperren oder zu entfernen, die mit Inhalten identisch oder gleichwertig sind, die zuvor in der Folge eines gültigen Melde- und Abhilfeverfahrens entfernt wurden, gegen das nicht erfolgreich Beschwerde eingelegt wurde.**

Or. en

## Änderungsantrag 47

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder **Sperrung** dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung **oder der** Zugangsspernung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren **oder ihre Sichtbarkeit anderweitig zu beschränken oder diese Information betreffende Geldzahlungen auszusetzen oder zu beenden**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung, **Zugangsspernung** oder **Beschränkung der Sichtbarkeit** dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung, Zugangsspernung **oder Beschränkung der Sichtbarkeit oder der Aussetzung oder Beendigung der Monetisierung** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

## Änderungsantrag 48

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Die in Absatz 1 genannte Begründung muss mindestens folgende Angaben enthalten:

#### *Geänderter Text*

(2) ***Werden bestimmte Einzelinformationen, nachdem sie entfernt wurden oder der Zugang dazu gesperrt wurde, nach Maßgabe von Artikel 15a weitergeleitet, wird die Benachrichtigung des Nutzers gemäß Absatz 1 um sechs Wochen aufgeschoben, um etwaige laufende strafrechtliche Ermittlungen nicht zu behindern. Diese Frist von sechs Wochen darf nur nach einer begründeten Entscheidung der zuständigen Behörde, an die die betreffende Einzelinformation übermittelt wurde, verlängert werden.*** Die in Absatz 1 genannte Begründung muss mindestens folgende Angaben enthalten:

## Änderungsantrag 49

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information ***oder*** die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangsspernung;

#### *Geänderter Text*

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information, ***die Beschränkung der Sichtbarkeit oder die Demonetisierung der Information*** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangsspernung ***bzw. der Beschränkung der Sichtbarkeit;***

## **Änderungsantrag 50**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 15a**

##### ***Aufbewahrung von Inhalten und damit verbundenen Daten und obligatorische Übermittlung bestimmter Einzelninformationen***

***(1) Die Hosting-Diensteanbieter speichern die illegalen Inhalte, die im Rahmen der Moderation von Inhalten oder aufgrund einer Anordnung zum Vorgehen gegen bestimmte illegale Inhalte nach Artikel 8 entfernt wurden oder zu denen der Zugang gesperrt wurde, sowie alle damit verbundenen Daten, die im Zuge der Entfernung der betreffenden illegalen Inhalte entfernt wurden, zu folgenden Zwecken:***

***a) verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Überprüfung oder außergerichtliche Streitbeilegung in Bezug auf eine Entscheidung, illegale Inhalte und zugehörige Daten zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren; oder***

***b) Verhinderung, Erkennung, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten.***

***(2) Die Hosting-Diensteanbieter speichern die illegalen Inhalte und die damit verbundenen Daten gemäß Absatz 1 für sechs Monate ab dem Datum der Entfernung oder der Sperrung des Zugangs dazu. Auf Anordnung der zuständigen Behörde oder des zuständigen Gerichts werden die illegalen Inhalte nur dann für einen weiteren festgelegten Zeitraum aufbewahrt, wenn und solange dies für eine laufende behördliche oder gerichtliche Überprüfung nach Absatz 1 Buchstabe a***



*erforderlich ist.*

*(3) Die Hosting-Diensteanbieter stellen sicher, dass die nach Absatz 1 gespeicherten illegalen Inhalte und damit verbundenen Daten angemessenen technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen unterliegen. Durch diese technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen wird sichergestellt, dass die gespeicherten illegalen Inhalte und damit verbundenen Daten nur für die in Absatz 1 genannten Zwecke abgerufen und verarbeitet werden und ein hohes Maß an Sicherheit der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet ist. Die Hosting-Diensteanbieter überprüfen und aktualisieren diese Schutzvorkehrungen soweit erforderlich.*

*(4) Die Hosting-Diensteanbieter übermitteln den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die illegalen Inhalte, die entweder im Zuge einer freiwilligen Moderation von Inhalten oder im Wege des Melde- und Abhilfeverfahrens gemäß Artikel 14 entfernt wurden oder zu denen der Zugang gesperrt wurde. Sie übermitteln diese illegalen Inhalte unter den folgenden Voraussetzungen:*

*a) illegale Inhalte gemäß diesem Absatz sind Inhalte, die offensichtlich illegal und nach Maßgabe des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI des Rates<sup>1a</sup> und der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlament und des Rates<sup>1b</sup> unter Strafe gestellt sind; und*

*b) die zuständige Strafverfolgungsbehörde, an die diese illegalen Inhalte zu übermitteln sind, ist diejenige des Mitgliedstaats, in dem die Person, die die illegalen Inhalte bereitgestellt hat, wohnhaft oder niedergelassen ist, oder andernfalls diejenige des Mitgliedstaats, in dem der Hosting-Diensteanbieter niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat; in allen anderen Fällen macht der Hosting-Diensteanbieter Mitteilung an Europol;*

**c) ist der Hosting-Diensteanbieter eine sehr große Online-Plattform gemäß Kapitel III Abschnitt 4, fügt er bei der Übermittlung der illegalen Inhalte eine Kennzeichnung mit dem Hinweis hinzu, dass die illegalen Inhalte eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellen.**

**(5) Jeder Mitgliedstaat übermittelt der Kommission die Liste seiner für die Zwecke von Absatz 4 zuständigen Strafverfolgungsbehörden.**

---

**<sup>1a</sup> Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 55).**

**<sup>1b</sup> Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1).**

Or. en

### *Begründung*

*In Bezug auf die abscheulichsten illegalen Inhalte wird angestrebt, über die bloße Entfernung/Sperrung hinaus die Verpflichtung aufzuerlegen, die Strafverfolgungsbehörden zu informieren, damit diese schnell Kenntnis von diesen Inhalten erhalten und Ermittlungen einleiten können. Der Erfolg der Ermittlungen muss dadurch gewahrt werden, dass die Unterrichtung des Nutzers über die Entfernung oder Sperrung von Inhalten, deren Urheber er ist, und die Gründe für die Entfernung oder Sperrung aufgeschoben wird. Hierdurch soll verhindert werden, dass der Urheber versucht, Beweismittel zu beseitigen.*

## **Änderungsantrag 51**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 15b**

##### **Meldung des Verdachts auf schwere Straftaten**

**(1) Erhält ein Hosting-Dienstanbieter Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt er seinen Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.**

**(2) Kann der Hosting-Dienstanbieter den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet er die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem er niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat, oder Europol. Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die schwere Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat. Für die Zwecke dieses Artikels übermittelt jeder Mitgliedstaat der Kommission die Liste seiner zuständigen Strafverfolgungs- oder Justizbehörden.**

Or. en

## *Begründung*

*Um sicherzustellen, dass die Strafverfolgungsbehörden mit den zweckdienlichsten Informationen ausgestattet werden, muss klargestellt werden, dass Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet sind, sie in Kenntnis zu setzen, wenn sie den Verdacht haben, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte.*

### **Änderungsantrag 52**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne **des Anhangs** der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

##### *Geänderter Text*

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG handelt, **und nicht für Online-Plattformen, die nicht mehr als Kleinst- oder Kleinunternehmen einzuordnen sind, in den zwölf Monaten nach Verlust des Status als Kleinst- oder Kleinunternehmen.**

Or. en

### **Änderungsantrag 53**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen

##### *Geänderter Text*

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern **sowie Einzelpersonen oder Stellen, die eine Meldung übermittelt haben**, während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen **die Entscheidung der Online-Plattform, nach Erhalt einer Meldung keine Maßnahmen zu ergreifen, und gegen** folgende Entscheidungen der

Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Or. en

## **Änderungsantrag 54**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a**

#### *Vorschlag der Kommission*

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs **zu der Information**;

#### *Geänderter Text*

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs **dazu oder die Beschränkung ihrer Sichtbarkeit**;

Or. en

## **Änderungsantrag 55**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**ca) Entscheidungen über die Beschränkung der Möglichkeit der Monetisierung der von Nutzern bereitgestellten Inhalte.**

Or. en

## Änderungsantrag 56

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 17 – Absatz 2 – Unterabsatz -1 (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Wenn auf die Entscheidung über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs dazu deren Übermittlung gemäß Artikel 15a folgt, beginnt der in Absatz 1 genannte Zeitraum von mindestens sechs Monaten an dem Tag, an dem der Nutzer im Einklang mit Artikel 15 darüber in Kenntnis gesetzt wurde.***

Or. en

## Änderungsantrag 57

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 17 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise ***innerhalb von sieben Tagen nach Beschwerdeeingang***. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Or. en

## Änderungsantrag 58

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

#### *Geänderter Text*

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass ***Nutzern die Möglichkeit geboten wird, sich zum Zeitpunkt der Beschwerdeeinreichung mit einem menschlichen Ansprechpartner in Verbindung zu setzen, und dass*** die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Or. en

## Änderungsantrag 59

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19

#### *Vorschlag der Kommission*

#### Artikel 19

Vertrauenswürdige Hinweisgeber

(1) Online-Plattformen ***ergreifen*** die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, ***vorrangig*** und ***unverzüglich*** bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

(2) Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung ***wird*** auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er

#### *Geänderter Text*

#### Artikel 14a

Vertrauenswürdige Hinweisgeber

(1) ***Unbeschadet der Einrichtung von Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen ergreifen*** Online-Plattformen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, ***sofort*** bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

(2) ***Unbeschadet der Einrichtung von Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen wird*** der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem

alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;
- b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;
- c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise aus.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem

der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

- a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;
- b) sie vertritt kollektive Interessen, ***einschließlich des allgemeinen Interesses, Verstöße gegen das Unionsrecht zu verhindern oder ihnen abzuhelpfen***, und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;
- c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise aus ***und ist unabhängig***.

***(2a) Die in Absatz 2 festgelegten Bedingungen ermöglichen es, dass die Meldungen von vertrauenswürdigen Hinweisgebern ausreichen, um die von ihnen gemeldeten Inhalte unverzüglich zu entfernen oder zu sperren.***

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen ***oder Meldungen, die auf eine Verzerrung des Wettbewerbs abzielen***, übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst



Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(7) Die Kommission kann nach Anhörung des Gremiums Leitlinien herausgeben, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. ***Der Koordinator für digitale Dienste kann alle Nachweise berücksichtigen, denen zufolge die Stelle ihren Status genutzt hätte, um den Wettbewerb zu verzerren.*** Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(7) Die Kommission kann nach Anhörung des Gremiums Leitlinien herausgeben, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

Or. en

*(Artikel 19 wird nach Artikel 14 eingefügt und geändert.)*

## Änderungsantrag 60

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig **und** offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum **nach vorheriger Warnung** aus.

#### *Geänderter Text*

(1) Online-Plattformen setzen **nach vorheriger Warnung** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die **wiederholt** offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum aus **oder beenden die Erbringung**.

Or. en

#### *Begründung*

*Wiederholungstäter sollten härter bestraft werden, um sicherzustellen, dass der Kampf gegen illegale Inhalte wirklich abschreckend wirkt. Gleiches sollte für Beschwerdeführer gelten, die keine Fachleute sind. Es ist auch wichtig, vor unbegründeten Beschwerden abzuschrecken, die dem Ziel der Verordnung abträglich wären.*

## Änderungsantrag 61

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Online-Plattformen **setzten** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum **nach vorheriger Warnung** aus.

#### *Geänderter Text*

(2) Online-Plattformen **setzen nach vorheriger Warnung** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum aus **oder beenden sie**.

Or. en

## Änderungsantrag 62

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) **Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat:**

#### *Geänderter Text*

(1) **Der Online-Marktplatz** stellt sicher, dass Unternehmer **seine** Dienste nur dann **nutzen** können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn **der Online-Marktplatz** vor der **Nutzung seiner** Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Or. en

## Änderungsantrag 63

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe c

#### *Vorschlag der Kommission*

c) Bankverbindung des Unternehmers, **wenn es sich bei dem Unternehmer um eine natürliche Person handelt,**

#### *Geänderter Text*

c) Bankverbindung des Unternehmers,

Or. en

## Änderungsantrag 64

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe f

#### *Vorschlag der Kommission*

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts

#### *Geänderter Text*

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen **oder Inhalte, einschließlich Werbung,** anzubieten, die

entsprechen.

den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.

Or. en

## Änderungsantrag 65

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Nach Erhalt **dieser Informationen unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob die** in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen verlässlich sind, indem **sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

#### *Geänderter Text*

(2) **Bevor der Online-Marktplatz Unternehmern die Nutzung seiner Dienste gestattet, unternimmt er** nach Erhalt **der** in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen **und ggf. ihrer Aktualisierung angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob sie** verlässlich sind, indem **er** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Or. en

## Änderungsantrag 66

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(3) Erhält **die Online-Plattform** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **sie** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert **sie** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

#### *Geänderter Text*

(3) Erhält **der Online-Marktplatz** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **er** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert **er** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

## Änderungsantrag 67

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

#### *Vorschlag der Kommission*

(4) **Die Online-Plattform** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer **ihres** Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise.  
**Anschließend löscht sie die Informationen.**

#### *Geänderter Text*

(4) **Der Online- Marktplatz** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer **seines** Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise.

## Änderungsantrag 68

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt **die Online-Plattform** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn **sie** nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

#### *Geänderter Text*

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt **der Online-Marktplatz** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn **er** nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

## Änderungsantrag 69

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 6

#### *Vorschlag der Kommission*

(6) **Die Online-Plattform** stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

#### *Geänderter Text*

(6) **Der Online-Marktplatz** stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

Or. en

## Änderungsantrag 70

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7

#### *Vorschlag der Kommission*

(7) **Die Online-Plattform** konzipiert und organisiert **ihre** Online-Schnittstelle so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

#### *Geänderter Text*

(7) **Der Online-Marktplatz** konzipiert und organisiert **seine** Online-Schnittstelle so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

Or. en

## Änderungsantrag 71

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

#### **Artikel 22a**

#### **Pflicht zur Unterrichtung**

(1) **Über die den Unternehmern zur Verfügung gestellte Online-Schnittstelle können mindestens die folgenden**

**Informationen abgerufen werden:**

- a) die in Artikel 22 Absatz 6 genannten Informationen,**
- b) die Informationspflichten gemäß den Artikeln 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU,**
- c) die Informationen, die eine eindeutige Identifizierung des Produkts oder der Dienstleistung ermöglichen, sowie ggf. die CE-Kennzeichnung und die Warnhinweise, Informationen und Etiketten, die nach den geltenden Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit und Produktkonformität zwingend vorgeschrieben sind.**

**Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem die gemäß Unterabsatz 1 vorgeschriebenen Einzelinformationen aufgeführt werden. Dieser Durchführungsrechtsakt wird spätestens ... [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlassen.**

**(2) Der Online-Marktplatz prüft die von den Unternehmern übermittelten Informationen auf Vollständigkeit in Bezug auf die in Artikel 22 Absatz 2 Buchstaben a und b angeführten Einzelinformationen, bevor das Produkt- oder Dienstleistungsangebot online bereitgestellt wird, und er erlaubt den Unternehmern nicht, Angebote bereitzustellen, solange diese Informationen unvollständig sind.**

**(3) Stellt der Online-Marktplatz fest, dass die Informationen eines Unternehmers für ein bereits online gestelltes Angebot nicht mehr relevant sind und vervollständigt werden müssen, setzt er das Angebot unverzüglich aus oder macht es unzugänglich und fordert den Unternehmer auf, diese Informationen schnellstmöglich zu vervollständigen.**

Or. en

## *Begründung*

*In recent years and in particular during the Covid-19 pandemic, online marketplaces have induced a number of threats regarding consumer protection, both in terms of enforcement of consumers' rights and of product safety and product compliance. Furthermore, these marketplaces give rise to growing concerns as to industrial property rights and counterfeiting, and more generally to growing concerns about the setting of an unlevel playing field, whereby compliant companies increasingly undergo unfair competition from in-compliant ones. For example, the investigations of the 10 main online marketplaces showed that on average 63 % of the products proposed to European consumers were non-compliant and 28% of these products were actually dangerous, such rates being significantly higher than those found for "brick and mortar" retailers. Such situation is undoubtedly linked to a loophole in the current legal framework, which allows online marketplaces to escape from a number of basic requirements. In order to rule out such increasing risk, it appears indispensable to add to the DSA a number of additional specific provisions for online platforms offering marketplaces services.*

## **Änderungsantrag 72**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 22b**

##### ***Pflichten in Bezug auf rechtswidrige Angebote von Unternehmern***

- (1) *Die Online-Marktplätze treffen angemessene Maßnahmen, um zu verhindern, dass Unternehmer, die ihre Dienste nutzen, Angebote für Produkte oder Dienstleistungen verbreiten, die nicht mit dem Unionsrecht oder mit dem Recht eines Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet diese Angebote bereitgestellt werden, vereinbar sind.***
- (2) *Erhält ein Online-Marktplatz Hinweise, die die in Artikel 14 Absatz 2 Buchstaben a und b aufgeführten Elemente enthalten und aus denen hervorgeht, dass eine Einzelinformation gemäß Artikel 22a Absatz 1 unrichtig ist, fordert dieser Online-Marktplatz den Unternehmer auf, die Richtigkeit dieser Einzelinformation nachzuweisen oder sie unverzüglich zu berichtigen. Weist der Unternehmer nicht umgehend nach, dass***



*die Einzelinformation richtig ist bzw. die Berichtigung ordnungsgemäß vorgenommen wurde, setzt der Online-Marktplatz das Produkt- oder Dienstleistungsangebot aus, bis der Unternehmer der Aufforderung nachgekommen ist.*

*(3) Bevor das Angebot des Unternehmers auf dem Online-Marktplatz bereitgestellt wird, prüft der Online-Marktplatz die Informationen, die die eindeutige Identifizierung des Produkts ermöglichen, einschließlich der Informationen gemäß Artikel 22a Absatz 1 Buchstabe b, darauf, ob das Angebot, das der Unternehmer Verbrauchern in der Union unterbreiten möchte, in der Liste oder den Listen von Produkten oder Produktkategorien aufgeführt ist, die nach der Einordnung in einer frei zugänglichen amtlichen Online-Datenbank oder Online-Schnittstelle, die die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts, der spätestens ... [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlassen wird, zur Grundlage macht, als nicht konform identifiziert wurden, und gestattet dem Unternehmer nicht, das Angebot bereitzustellen, wenn diese Überprüfung ergibt, dass das Produkt in dieser Liste oder diesen Listen aufgeführt ist.*

*(4) Der Online-Marktplatz ergreift dem Stand der Technik entsprechende, angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen, um auf der Grundlage der von den Schutzrechtsinhabern bereitgestellten Informationen die Verbreitung von Angeboten von Produktnachahmungen zu verhindern. Der Online-Marktplatz richtet geeignete und verhältnismäßige Mechanismen ein, um zu verhindern, dass künftig Angebote für Produkte hochgeladen werden, die zuvor gemäß Artikel 14 als Nachahmungen gemeldet und bereits auf seine Veranlassung entfernt wurden.*

Or. en

## Änderungsantrag 73

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 c (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### *Artikel 22c*

***Pflichten in Bezug auf nach dem geltenden Recht zur Produktsicherheit und -konformität rechtswidrige Angebote von Unternehmern***

***(1) Sobald eine Marktüberwachungsbehörde oder eine Zollbehörde dem Online-Marktplatz darüber in Kenntnis setzt, dass ein Produkts- oder Dienstleistungsangebot nach dem geltenden Recht zur Produktsicherheit und -konformität rechtswidrig ist, entfernt der Online-Marktplatz das Angebot oder sperrt den Zugang dazu.***

***Der Online-Marktplatz unterrichtet den Unternehmer, der das rechtswidrige Angebot veröffentlicht hat, gemäß den Artikeln 15 und 17 über die nach Maßgabe dieses Absatzes getroffene Entscheidung.***

***Wenn die Rechtswidrigkeit eines Angebots im Zusammenhang mit einem Mangel des Produkts oder der Dienstleistung steht, der eine Gefahr für die Gesundheit oder die Sicherheit von Verbrauchern bergen kann, fordert der Online-Marktplatz im Zuge der Unterrichtung des Unternehmers über die Entscheidung, das Angebot zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, diesen Unternehmer auf, alle Informationen bereitzustellen, durch die er nachweisen kann, dass er geeignete Korrekturmaßnahmen gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 ergriffen hat.***

***(2) Erhält der Online-Marktplatz innerhalb von 48 Stunden nach dem***

*Datum der Aufforderung gemäß Absatz 1 dieses Artikels keine Antwort von dem Unternehmer, ergreift er unverzüglich die erforderlichen Korrekturmaßnahmen gemäß Artikel 16 Absatz 3 Buchstaben c, d und g der Verordnung (EU) 2019/1020.*

*(3) Der Online-Marktplatz unterrichtet die Marktüberwachungsbehörde oder die Zollbehörde unverzüglich über die vom Unternehmer oder von ihm selbst zur Anwendung der Absätze 1 und 2 ergriffenen Maßnahmen. Wenn eine Marktüberwachungsbehörde oder eine Zollbehörde den Unternehmer auffordert, alternative oder zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, und den Online-Marktplatz hierüber in Kenntnis setzt, fordert der Online-Marktplatz den Unternehmer auf, alle Informationen bereitzustellen, durch die der Nachweis erbracht wird, dass er der Aufforderung gebührend nachgekommen ist.*

*Erhält der Online-Marktplatz nicht innerhalb von 48 Stunden die Mitteilung, dass der Unternehmer der Aufforderung vollumfänglich nachgekommen ist, ergreift er unverzüglich direkt die von der Marktüberwachungsbehörde oder der Zollbehörde angeordneten alternativen Maßnahmen.*

*(4) Der Online-Marktplatz kann dem Unternehmer die Kosten der Maßnahmen, die er gemäß diesem Artikel ergriffen hat, in geeigneter Weise in Rechnung stellen. Er unterrichtet den Unternehmer unverzüglich über diese Maßnahme und über dessen Recht, diese Entscheidung gemäß den Artikeln 17 und 18 oder auf gerichtlichem Wege anzufechten.*

*Der Online-Marktplatz verlangt von den Unternehmern, die seine Dienste nutzen, keine Vorauszahlungen für Kosten im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die er gemäß diesem Artikel treffen kann, noch macht er den Zugang zu seinen Diensten von der Zustimmung zu derartigen Zahlungen abhängig.*

## Änderungsantrag 74

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 d (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 22d**

#### **Aussetzung des Zugangs von Unternehmern zu den Dienstleistungen des Online-Marktplatzes**

- (1) **Nach Maßgabe von Artikel 20 setzt der Online-Marktplatz unverzüglich die Erbringung seiner Dienstleistungen für Unternehmer aus, die wiederholt oder ständig rechtswidrige Produkt- oder Dienstleistungsangebote bereitstellen. Er unterrichtet den Unternehmer unverzüglich über seine Entscheidung.**
- (2) **Ein Online-Marktplatz, der eine Entscheidung gemäß Absatz 1 trifft, muss seinen Verpflichtungen gemäß diesem Abschnitt weiterhin nachkommen, insbesondere im Hinblick auf Verbraucher, die mit den von der Aussetzung betroffenen Unternehmern Verträge abgeschlossen haben.**
- (3) **Der Online-Marktplatz setzt die zuständige Behörde unverzüglich über die gemäß Absatz 1 getroffene Entscheidung in Kenntnis.**

Or. en

## Änderungsantrag 75

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 e (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 22e**

### *Rückgriffsrecht*

*Der Online-Marktplatz hat gegenüber dem Unternehmer, der seine Dienste in Anspruch genommen hat, Anspruch auf Entschädigung, wenn der Händler seinen Verpflichtungen gegenüber dem Online-Marktplatz oder den Verbrauchern nicht nachgekommen ist, es sei denn, der Online-Marktplatz hat dem Unternehmer bereits die Kosten für die Maßnahmen in Rechnung gestellt, die er deswegen ergreifen musste.*

*Der Verbraucher hat gegenüber dem Online-Marktplatz Anspruch auf Entschädigung, wenn der Online-Marktplatz den Verpflichtungen gemäß diesem Abschnitt nicht nachkommt.*

Or. en

### Änderungsantrag 76

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Überschrift

##### *Vorschlag der Kommission*

Sehr große Online-Plattformen

##### *Geänderter Text*

Sehr große Online-Plattformen, ***Live-Streaming-Plattformen, Anbieter von privaten Messaging-Diensten und Suchmaschinen***

Or. en

### Änderungsantrag 77

#### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

(1) Dieser Abschnitt gilt für ***Online-Plattformen***, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf

##### *Geänderter Text*

(1) Dieser Abschnitt gilt für ***Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, private Messaging-Dienste und Suchmaschinen-Dienste***, die

mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Or. en

## Änderungsantrag 78

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Sehr große **Online-Plattformen** ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

#### *Geänderter Text*

(1) Sehr große **Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, private Messaging-Dienste und Suchmaschinen-Dienste** ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Or. en

## Änderungsantrag 79

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Sehr große **Online-Plattformen** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen

#### *Geänderter Text*

(1) Sehr große **Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, private Messaging-Dienste und Suchmaschinen-Dienste** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und

systemischen Risiken zugeschnitten sind.  
Hierzu können gegebenenfalls gehören:

wirksame Risikominderungsmaßnahmen,  
die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten  
besonderen systemischen Risiken  
zugeschnitten sind. Hierzu können  
gegebenenfalls gehören:

Or. en

## Änderungsantrag 80

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von **sehr großen** Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

#### *Geänderter Text*

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Or. en

## Änderungsantrag 81

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**(2a) Sehr große Online-Plattformen, die auf ihren Online-Schnittstellen Werbung anzeigen, nehmen auf eigene Kosten auf Ersuchen der Werbetreibenden unabhängige Prüfungen vor, die mit angemessener Häufigkeit sowie unter fairen und angemessenen Bedingungen, die zwischen den Plattformen und den Werbetreibenden vereinbart werden, von Stellen durchgeführt werden, die die in Artikels 28 Absatz 2 genannten Kriterien erfüllen, um**

- a) **eine quantitative und qualitative Bewertung von Fällen durchzuführen, in denen Werbung mit illegalen Inhalten oder mit Inhalten, die nicht mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar sind, verknüpft ist,**
- b) **eine betrügerische Nutzung ihrer Dienste zum Zweck der Finanzierung illegaler Tätigkeiten aufzudecken;**
- c) **die Leistung ihrer Instrumente im Hinblick auf die Markensicherheit zu bewerten.**

**Der Bericht muss ein Prüfungsurteil zur Leistung der Instrumente einer sehr großen Online-Plattform im Hinblick auf die Markensicherheit enthalten, das positiv, positiv mit Bemerkungen oder negativ ausfallen kann. Falls das Prüfungsurteil nicht positiv ist, werden operative Empfehlungen für spezifische Maßnahmen zur Erreichung der Einhaltung gegeben.**

**Die sehr großen Online-Plattformen stellen den Werbetreibenden auf Anfrage das Ergebnis der Prüfung zur Verfügung.**

Or. en

#### *Begründung*

*Proposal to address the recurring difficulties of advertisers in obtaining information on the quality and performance of their advertising campaigns, which remain continuously dependent on the tools and metrics provided by the platforms, without any possibility for them to test and verify these "proprietary" indicators of the platforms ("black box" effect). To this end, advertisers are asking for the ability to audit these proprietary metrics by third parties independent from the platforms. The objective of these independent brand safety audits is to allow brands and advertisers to verify the accuracy and precision of the reports established unilaterally by the platforms.*



## Änderungsantrag 82

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **kann** sie die Beteiligten **auffordern**, das Krisenprotokoll zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

#### *Geänderter Text*

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **fordert** sie die Beteiligten **auf**, das Krisenprotokoll zu **streichen und erforderlichenfalls** zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

Or. en

## Änderungsantrag 83

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 2 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

#### *Geänderter Text*

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. **Diese zuständigen Behörden haben die gleichen Befugnisse zur Durchführung ihrer Aufgaben oder zur Überwachung der ihnen zugewiesenen Sektoren, die auch dem Koordinator für digitale Dienste für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen wurden.** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf

nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Or. en

## Änderungsantrag 84

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **der** Kapitel III und IV **dieser Verordnung** liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

#### *Geänderter Text*

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **von** Kapitel III **Abschnitte 1 bis 4** und **Kapitel IV** liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Or. en

## Änderungsantrag 85

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**(1a) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke des Kapitels III Abschnitt 3 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die Verbraucher ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.**

Or. en

## **Änderungsantrag 86**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1b) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 8 und 9 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die die Anordnung erlassende Behörde ihren Sitz hat.**

Or. en

## **Änderungsantrag 87**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **Artikel 42a**

**In Übereinstimmung mit der bedingten Haftungsbefreiung gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Sanktion für die wiederholte Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung den horizontalen Verlust der Haftungsbefreiung für den Anbieter von Vermittlungsdiensten umfasst.**

Or. en

## **Änderungsantrag 88**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte

der Öffentlichkeit zugänglich und  
übermitteln sie der Kommission und dem  
Gremium.

der Öffentlichkeit zugänglich und  
übermitteln sie der Kommission, **dem**  
**Europäischen Parlament** und dem  
Gremium.

Or. en

## Änderungsantrag 89

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammenarbeiten**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

#### *Geänderter Text*

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und **arbeitet** mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen **zusammen**. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Or. en